



Wählen in Graz

Im Jänner diesen Jahres gab es einige Aufregung bezüglich der Gemeinderatswahl 1993. Grund waren kollektiv eingebrachte Einsprüche in das Wählerverzeichnis. Es war damals schon die schwierige Entscheidung zu treffen, ob die Einsprüche kollektiv eingebracht werden sollen oder nur eine Empfehlung zum Einbringen dieser Einsprüche abgegeben werden soll. Nach den ersten 5 Probeeinsprüchen, die wir durchführten war klar, daß die Behörde dies nur in ihrem Interesse auslegen wird, das vor allem darin bestand die Studierenden in Graz auch für die Nationalratswahlen anzumelden. Dies hätte jedoch empfindliche finanzielle Einbußen für jeden einzelnen Studierenden zur Folge gehabt. (Änderung des Führerscheines/Verlust des Zuschlages für auswärtige Studierende beim Stipendium usw.) Dies war dann der Grund für die Durchführung kollektiver Einsprüche. Dabei wurde sehr genau auf die Daten geachtet, welche auf den Einsprüchen aufschei-

nen. Dies obwohl das Amt für Wahlen und Statistik mit allen möglichen strafrechtlichen Konsequenzen gedroht hatte, wenn nicht alle zur Ermittlung der Wahlberechtigung notwendigen persönlichen Daten übergeben werden.

Hatten manche Stadtpolitiker vorher äußerste Bedenken bezüglich des Interesses der Studierenden überhaupt wählen zu gehen und legten sie alles daran, das Wahlrecht nicht zuzulassen, obwohl es das Gesetz verlangt, so bereuen sie dies heute.

Erster Erfolg war in jedem Fall eine Aufstockung der Stadtmillion für die 3 Grazer Universitäten durch Bürgermeister Stingl um ATS 200.000.-.

Die Diskussion um die Studierendenwohnplätze erhielt eine zusätzliche Dynamik. Gab es vorher eine ziemlich verfahrenere Situation, schien jedes Projekt politischen Querelen zum Opfer zu fallen, so beschäftigten sich die Parteien von nun an ständig mit den von uns erarbeiteten Lösungsvorschlägen. Heute

gibt es schon ein fixes Projekt (Inffeld) und 4 weitere sehr konkrete (siehe Artikel "Wohnen in Graz").

Mit Unterstützung von Bürgermeister Stingl wird es Verhandlungen mit der GVB über die Freifahrt von Studierenden in den Sommermonaten geben, eine Zusage über die Ausweitung des Kontingentes an SWS Wohnungen, sowie ein offenes Ohr für die Autofreie Uni sind weitere Erfolge, die aus dieser Aktion resultieren.

Prinzipiell kann man sagen, daß Stadt- und Landespolitiker seit den Gemeinderatswahlen Studierendeninteressen wesentlich offener gegenüberstehen als vorher.

In Summe gesehen bleibt jedoch immer noch ein fader Nachgeschmack bezüglich der Bevormundung von Studierenden durch die kollektiven Einsprüche, doch die politischen Folgewirkungen können sehr zur Verbesserung der Lage der Studierenden beitragen und geben den Intentionen der Aktion eigentlich recht.